



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

30 Rechtsamt

Beteiligt:

32 Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Betreff:

Genehmigung der Eilentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW über die "Änderung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 21. September 2000, in der Fassung des II. Nachtrages vom 11. Mai 2005"

Beratungsfolge:

17.02.2022 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt genehmigt die Eilentscheidung (Vorlage 0161/2022) gemäß § 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW.



Kurzfassung

entfällt

Begründung

Der Rat der Stadt genehmigt die Eilentscheidung (Vorlage 0161/2022) gemäß § 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW. Die Eilbedürftigkeit ist in der genannten Vorlage erörtert. Sie liegt als Anlage bei. Die Eilentscheidung wurde durch den Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 03.02.2022 getroffen.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Siehe § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Satzung

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

☒ keine Auswirkungen (o)

Finanzielle Auswirkungen

☒ Es entstehen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez.

Sebastian Arlt
Beigeordneter



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

30

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

30

Anzahl:

1



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

30 Rechtsamt

Beteiligt:

32 Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Betreff:

Änderung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 21. September 2000, in der Fassung des II. Nachtrages vom 11. Mai 2005

Beratungsfolge:

03.02.2022 Haupt- und Finanzausschuss
17.02.2022 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW den III. Nachtrag der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 21. September 2000, in der Fassung des II. Nachtrages vom 11. Mai 2005 in der Form, wie er als Anlage Gegenstand dieser Vorlage mit der Drucksachennummer 0161/2022 ist.



Kurzfassung

entfällt

Begründung

Die Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden befindet sich mit Ihrem II. Nachtrag auf dem Stand von Mai 2005 und begegnet aufgrund zwischenzeitlich ergangener Rechtsprechung zur Wahlberechtigung rechtlicher Unsicherheit.

Zur Zeit lautet § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Satzung:

§ 4 Abstimmungsberechtigung

(2) Von der Abstimmungsberechtigung ausgeschlossen ist:

1. derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst.

Nach dieser Satzungsbestimmung sind sog. Vollbetreute, in der Praxis häufig Menschen mit Behinderungen, von der Abstimmung ausgeschlossen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 29.01.2019 (Az. 2 BvC 62/14, NJW 2019, 1201; nochmals bestätigt durch Urteil vom 15.04.2019 – 2 BvQ 22/19, NVwZ-RR 2019, 705) festgestellt, dass eine damals inhaltlich gleichlautende Bundesvorschrift mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Zurückgeführt hat das Gericht dies auf die Grundsätze der Allgemeinheit der Wahl, das Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung und völkerrechtliche Bindungen. Ferner hat das Bundesverfassungsgericht gefordert, dass Regelungen zu einer zulässigen Assistenz bei der Wahlrechtsausübung getroffen werden.

Der Bundesgesetzgeber hat daraufhin die wahlrechtlichen Vorschriften angepasst. Der nordrhein-westfälische Landesgesetzgeber hat bereits mit Wirkung zum 01.07.2016 die maßgebliche landesrechtliche Bestimmung in § 8 des Kommunalwahlgesetzes NRW gestrichen und mit Gesetz vom 05.05.2020 eine Assistenzregelung aufgenommen, um der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung gerecht zu werden.

Diese Aussagen des Bundesverfassungsgerichts, die zu Anpassungen der Vorschriften über Wahlen geführt haben, sind auch auf Abstimmungen wie den Bürgerentscheid zu übertragen.



Das OVG Münster hat in einem Beschluss vom 07.10.2016 (Az. 15 B 948/16, BeckRS 2016, 53658) festgestellt, dass die Wahlrechtsgrundsätze (u.a. die Allgemeinheit der Wahl) auch auf Bürgerentscheide anzuwenden sind und Satzungsbestimmungen diese einhalten müssen.

Aus diesem Grund ist eine Anpassung der Satzung in Vorbereitung des Bürgerentscheids am 13.03.2022 erforderlich. Dazu soll Abs. 2 Nr. 1 der Satzung gestrichen werden. Zudem soll die Assistenzregelung in § 11 Abs. 4 der Satzung inhaltlich an die Bestimmung zu den Kommunalwahlen in § 25 Abs. 5 Kommunalwahlgesetz NRW angepasst werden.

Es ist eine Eilbeschlussfassung durch den Haupt- und Finanzausschuss nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW erforderlich, da die Einberufung einer Ratssitzung zwischen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.02.2022 und dem 06.02.2022 aufgrund der derzeitigen Coronabedingungen nicht möglich ist. Das Abstimmungsverzeichnis ist aufgrund einzuhaltender Fristen am 06.02.2022 abzuschließen.

Die Eilentscheidung wird dem Rat der Stadt Hagen gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW am 17.02.2022 zur Genehmigung vorgelegt.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung
(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☐
☒

sind nicht betroffen

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

siehe § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Satzung

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒

keine Auswirkungen (o)



Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ Es entstehen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez.

Sebastian Arlt
Beigeordneter

Anlage

III. Nachtrag zur Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 21.09.2000

Auf Grund von § 7 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – GO NRW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden – BürgerentscheidDVO – vom 10. Juli 2004 (GV NRW S. 383), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Juni 2020 (GV. NRW. S. 702) hat der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen am 03.02.2022 folgenden III. Nachtrag zur Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 21.09.2000 in der Fassung des II. Nachtrages vom 11. Mai 2005 beschlossen:

Artikel I

§ 4 Abs. 2 Nr. 1 wird ersatzlos gestrichen. Die Aufzählung (2.) vor § 4 Abs. 2 Nr. 2 wird gestrichen. § 4 Abs. 2 der Satzung erhält danach folgende Fassung:

§ 4 Abstimmberechtigung

(2) Von der Abstimmungsberechtigung ausgeschlossen ist, wer infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht nicht besitzt.

Artikel II

§ 11 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

§ 11 Stimmabgabe

(4) Der Abstimmende kann seine Stimme nur persönlich abgeben. Ein Abstimmender, der des Lesens unkundig oder aufgrund einer Behinderung an der Abgabe seiner Stimme gehindert ist, kann sich hierzu der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer vom Abstimmenden selbst getroffenen und geäußerten Wahlentscheidung beschränkt. Unzulässig ist eine Hilfeleistung, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung des Abstimmenden ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenskonflikt der Hilfsperson besteht. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Abstimmung einer anderen Person erlangt hat. Blinde oder sehbeeinträchtigte Abstimmende können sich zur Kennzeichnung des Stimmzettels auch einer Stimmzettelschablone bedienen.

Artikel III

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.